



„Der Mittelstand wird geknechtet“

Interview. Die Politik kümmere sich nur um die Industrie, sagt Mittelstandsvertreter Herbert Wimberger. Mittelständler brauchen Maßnahmen gegen die Kreditklemme und differenzierte Gesetze, da sonst die Bürokratie überhandnehme.

VON EVA STEINDORFER

Die Presse: Seit Monaten wird über die Steuerreform gestritten. Diese soll vor allem die Arbeitnehmer entlasten. Von einer Entlastung der Arbeitgeber durch eine Senkung der Lohnnebenkosten ist kaum die Rede. Ärgert Sie das?

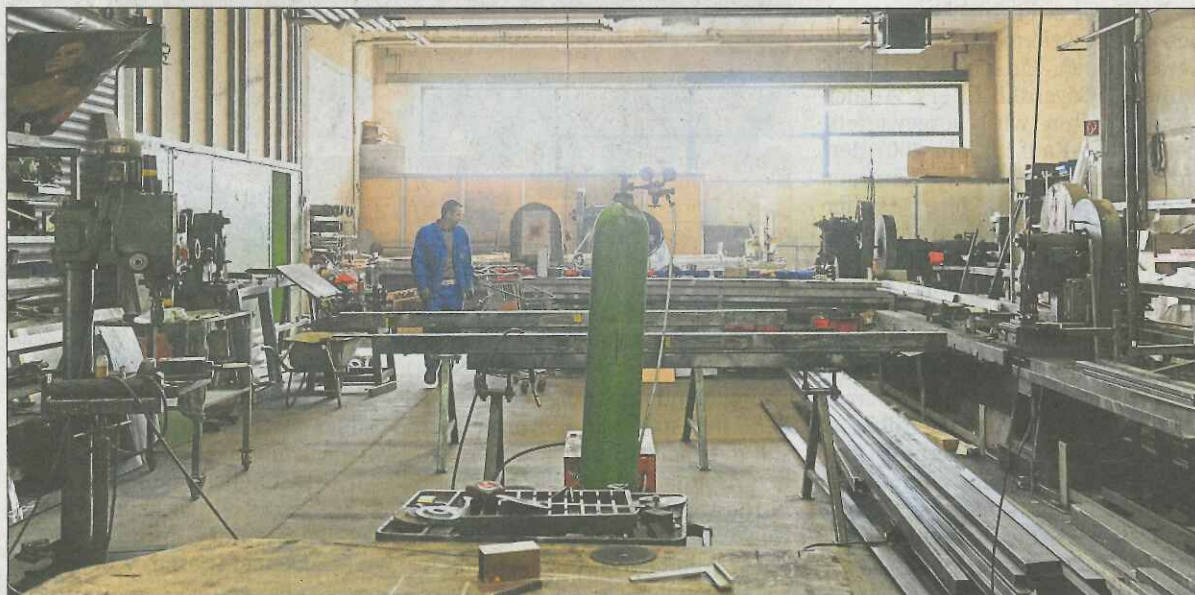
Herbert Wimberger: Nein. Weil die Dimension, ab der eine Senkung der Lohnnebenkosten für kleine und mittelständische Betriebe tatsächlich relevant wäre, so wieso unrealistisch ist.

Wie hoch müsste die Senkung denn sein?

Mindestens zwei Prozent. Alles darunter ist für die Unternehmen ohne Bedeutung. Deshalb glaube ich, dass andere Maßnahmen einen größeren Hebel darstellen und leichter umsetzbar sind.

Zum Beispiel?

Den Verwaltungsaufwand bei geförderten Forschungsprojekten senken, Zugang zu Kapital schaffen – die Kreditklemme gibt es



Das schlechte Image der Lehre sei schuld an Facharbeitermangel und überfüllten Universitäten, sagt Wimberger.

[Fabry]

wand nicht erfüllbar ist. Deshalb sollte man eigentlich zwei differenzierte Gesetzeslagen schaffen: eine für die Industrie und eine für KMU (kleine und mittlere Unternehmen, Anm.), um diese nicht gänzlich zu überfordern.

Sie haben eben die Kreditklemme für KMU angesprochen. Was kann man tun, damit diese Firmen wieder Geld von Banken bekommen?

Da gibt es ein einfaches Mittel: darüber reden. Viele sagen ja, es gibt gar keine Kreditklemme. Wenn aber die österreichischen Banken jedes Jahr der Nationalbank melden müssten, wie viele Kredite sie an KMU vergeben, würde sehr schnell sichtbar werden, dass wir ein Problem haben. Man müsste da noch unterscheiden zwischen öffentlich gestützten und normalen Krediten. Dann würde deutlich, dass der Großteil der Kredite nur dann vorhanden ist, wenn eine öffentliche Haftung da ist. Und der Aufwand, diese Zahlen festzustellen, wäre gering.

Und das würde etwas bringen?

Das Thema Kreditklemme gibt es seit fünf Jahren und nichts ist passiert. Weil keiner tatsächlich Zahlen auf den Tisch legt. Da ist niemand in der Regierung, der sich das Thema anschaut. Dass die Banken mit den strengen Eigenkapitalbestimmungen Kredite nicht freiwillig herausrücken, ist klar. Da muss ein politischer Wille da sein.

Das heißt, es sollte mehr geförderte Kredite geben?

Das wäre die schnelle Lösung. Sinnvoll wäre aber, darüber nachzudenken, wie man die Eigenkapitalhinterlegung bei den Banken verbessert und wie man die Banken dazu bringen kann, mehr Mittel abzugeben. Es kann ja nicht sein, dass den Banken von der Europäischen Zentralbank Mittel für KMU zur Verfügung gestellt werden und die Banken die Mittel dann nicht weitergeben.

Was den Betrieben auch fehlt, sind die qualifizierten Facharbeiter. Woran hapert es?

Vor 50 Jahren kamen pro Jahr etwa 135.000 Kinder zur Welt, heute sind es 78.000. Davon erreichen 10.000 einen Hauptschulabschluss. Die restlichen 68.000 werden in die Universitäten gedrängt. Woher sollen dann die Fachkräfte kommen? Man müsste die Lehre in ihrer Bedeutung so hochpushen, dass sie in der Qualität und im Image vergleichbar mit einem Universitätsstudium ist. Finanziell gesehen hat sie diese Bedeutung ja schon. Ein guter Facharbeiter bekommt in den ersten Jahren bereits ein Bruttolohn von etwa 2100 Euro. Ein

ZUR PERSON



KMU-Stimme. Herbert Wimberger, Geschäftsführer des Sanitär-Armaturenherstellers

Wimtec, vertritt mit der Initiative Wirtschaftsantrieb am Punkt und als Verwaltungsrat des Österreichischen Gewerbevereins die Interessen kleiner und mittelständischer Betriebe. [Wimtec]

Universitätsabgänger bekommt nicht mehr und hat außerdem ein Problem, eine Stelle zu finden.

Forschung und Entwicklung überlassen viele KMU den großen Unternehmen. Sollte man da mehr Anreize setzen, damit Innovationen auch in Kleinbetrieben möglich sind?

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass nur Innovationen einen Hochlohnstandort wie Österreich weiterbringen. Die EU hat einen großen Topf Förderungen bereitgestellt. Nur ist da in den vergangenen Jahren in Österreich ein absurdes Kontrollsystem in Gang gesetzt worden, das einen Umkehrreffekt bewirkt hat. Die administrativen Abwicklungen überborden und es gibt keine Rechtssicherheit. Deshalb sind Mittel aus Brüssel im Wert von einer Milliarde Euro in den letzten sieben Jahren nicht verwendet worden.

Die Interessen von KMU werden politisch nicht genug vertreten oder gar sabotiert?

Im letzten Regierungsprogramm steht die Abkürzung KMU genau dreimal drinnen. Damit wissen wir, dass wir von der Regierung kaum beachtet werden. Wir fordern, dass im Wirtschaftsministerium eine Stelle für KMU eingerichtet wird. Wenn Sie sich auf EU-Ebene den Small Business Act ansehen, werden Sie feststellen, dass da die Lösungen für die eben angesprochenen Probleme bereits drinstehen. Nur interessiert das hierzulande offenbar keinen. In den relevanten Gremien sitzen keine oder zu wenige Vertreter von KMU. Die Industrie hat das Geld und die Ressourcen, um Politik zu machen, KMU und Mittelstand werden geknechtet. Deshalb gibt es unter den Unternehmern eine große Verdrossenheit, die so noch nie da war.

Mehr zum Thema: diepresse.com/99ideen

Teil 9
STANDORT

Ideen für Österreich

wirklich – und eine effektive Entlastung durch Bürokratieabbau. Ein Beispiel: Das Arbeitnehmerschutzgesetz hat 1209 Paragraphen, die ich als Unternehmer kennen müsste. Großunternehmen haben eigene Rechtsabteilungen, die nur dafür zuständig sind. Ein Klein- und Mittelbetrieb kann das nicht leisten. Und dieses Problem haben wir mit vielen Gesetzen. Wir werden quasi gezwungen, Gesetze zu missachten, weil der Arbeitsauf-

„Wir brauchen mehr junge Unternehmer“

Wirtschaftswachstum. US-Ökonom Jeff Hoffman glaubt, dass Start-ups der richtige Weg aus der Krise seien. Sie bräuchten aber alle erdenkliche Unterstützung – von der Politik und von etablierten Unternehmen.

Alpbach. Was ist das Ziel des Wirtschaftens? Wachstum, lautete die kurze Antwort von Notenbank-Präsident Claus Roidl bei der Eröffnung der heurigen Alpbacher Wirtschaftsgespräche. Aber wie kommen wir in Europa wieder dorthin? Mit den alten, herkömmlichen Wirtschaftstheorien sicher nicht, gab Roidl selbst die Antwort. Wie dann? „Wir brauchen mehr Unternehmer“, sagte US-Ökonom und Regierungsberater Jeff Hoffman.

„In den USA sind in den vergangenen fünf Jahren 80 Prozent der neuen Jobs von jungen Unternehmen, von Start-ups geschaffen worden“, untermauerte Hoffman seine Forderung. Sie seien schnell, kreativ und billig. Unterdessen hätten die großen Konzerne nur Arbeitsplätze gestrichen.

Während Arbeiterkammer-Präsident Rudolf Kaske die Sozialpartnerschaft als einen bewährten Weg zur Krisenbewältigung darstellte und sie als „Exportschlager“ für an-

mahte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl umfassende Reformen ein. Und er schaute dabei durchaus in die USA: „Die USA haben die Krise ausgelöst, aber sie haben sie auch schon bewältigt“, sagte Leitl mit Verweis auf das hohe Wirtschaftswachstum. Währenddessen dümpelte Europa vor sich hin und werde auch bei Innovationen und Globalisierungsstra-

WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE
26.–28. August
DiePresse.com/alpbach



Medienpartner „Die Presse“

tegien abgehängt. Damit war Leitls Kritik noch nicht erschöpft: Statt die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und mit Kanada zu realisieren und davon zu profitieren, übe sich Europa schon von vornherein in Kritik.

„Und mit den Sanktionen zerstören wir die transkontinentale Schiene“, gab der WKO-Chef zu

für diplomatische Zwecke missbraucht werden – ohne eine Strategie zu haben.

Dass Leitl und Kaske bei der Frage, ob Wachstum auf Kosten von Staatsschulden vorangetrieben werden solle, nicht einer Meinung waren, kam nicht ganz überraschend. Leitl meinte zwar, ein Weg allein sei nie selig machend, aber „Sparen ist unumgänglich und tut nicht nur weh“. Das, so konterte Roidl schlagfertig in Bezug auf den Rücktritt von ÖVP-Chef, Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger und die nunmehrige Nachfolgediskussion, könne Leitl vielleicht bald an höherer Position umsetzen.

Kaske forderte angesichts der schwächelnden Wirtschaft sehr wohl Investitionen – etwa in Infrastruktur – ein. Oberste Priorität habe aber der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Auch hier, meinte Kaske, könne das österreichische Modell zur Jugendbeschäftigung

„Wir dürfen keine ‚Generation Hoffnungslos‘ schaffen“, sagte Kaske und warnte vor einer „Kaputtsparr-Ökonomie“.

Risiko muss anerkannt werden

Hoffman meinte indes, Europa drohe, nicht nur von den USA, sondern auch von Afrika und Asien überholt zu werden. An Beispielen mangelte es ihm nicht. Nur eines: Malaysia hat einen Staatsfonds mit 250 Mio. Dollar ausschließlich zur Förderung von Start-ups installiert. Europa müsse mehr in diese Richtung tun, müsse aktiver sein. Denn die Ideen seien da – und die jungen Leute auch, die sie umsetzen möchten. „Die nächste Generation steht schon in den Startlöchern.“

Es bedürfe dafür Ausbildung, Mentoring, Kapitals und staatlicher Hilfen wie einfacher Gesetze und Steuererleichterungen. Und nicht nur das: Unternehmerisches Risiko zu nehmen müsse anerkannt werden – und nicht verteuert, sollte es

Buffett hilft Burger King bei Übernahme

Firmensitz in Kanada soll helfen, Steuern zu sparen.

New York/Toronto. Nun ist es fix: Burger King schluckt mithilfe der Investorenlegende Warren Buffett die kanadische Kaffee- und Donut-Kette Tim Hortons für mehr als elf Mrd. Dollar (8,3 Mrd. Euro). Damit entsteht der weltweit drittgrößte Schnellrestaurant-Anbieter mit 18.000 Filialen in 100 Ländern und einem Umsatz von 23 Mrd. Dollar.

Hauptsitz wird Kanada – was Branchenexperten mit den niedrigeren Steuersätzen begründen. Buffetts Investmentgesellschaft Berkshire Hathaway steuert drei Mrd. Dollar zur Finanzierung bei. Die Investmentgesellschaft 3G Capital, die Burger King 2010 für 3,3 Mrd. Dollar kaufte und zwei Jahre später zurück an die Börse brachte, wird 51 Prozent an dem fusionierten Unternehmen